



**Niederschrift über die Sitzung des
Sozialausschusses am 25. November 2019**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Holzwarth, Dr. von Pollern (ab 14:40 Uhr), (CDU)
Reingruber, Schaal, Scheurer

Bühler, Knödler (bis 18:10 Uhr), Müller, Dr. Scherer (Freie Wähler)

Fazio, Messinger, Dr. Rebmann, Schwarz (Grüne)

Bauer (bis 18:12 Uhr), Faure, Rentschler (SPD)

Goll (bis 17:45 Uhr), Payr (FDP-FW)

Kral, Malcher (AfD)

Königeter (Die Linke/ÖDP)

Wilhelm (bis 18:43 Uhr) (Wilhelm/
Klinghoffer)

Stv. Ausschussmitglieder: Jenner-Wanek (ab 14:40 Uhr bis 17:40 Uhr) (CDU)

Entschuldigte Ausschuss-
mitglieder: Mößner (CDU)

Sailer (Freie Wähler)

Ferner:

Sozialerfahrene Bürger

Erster Landesbeamter Dr. Zaar

Finanzdezernent Schäfer

Sozialdezernentin Böhm

Herr Leonhardt, Kreissozialamt

Herr Schneider, Ausländeramt

Herr Beck, Täterberatung (Top 2)

Frau Keller-Mannschreck, ProFamilia (Top 2)

Frau Hausmann, refugio e.V. (Top 2)

Herr Schwab, Geschäftsführer Jobcenter (Top 3)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin: Kreisobersekretärin Geprägs

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:12 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses

Drucksache 2019/134

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und erklärt, dass die Besetzung der stellvertretenden Vorsitzenden bereits in den Fraktionen und im Ältestenrat vorbereitet worden sei.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kreisrat Bernd Messinger wird zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und Kreisrätin Julia Goll zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses gewählt.

Auszüge:

Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

§ 2.1

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2020 des Kreissozialamts

Drucksache 2019/172

Landrat Dr. Sigel informiert den Ausschuss darüber, dass auch dieses Jahr die gemeinsame Finanzkommission zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land nicht optimal verlaufen sei. Die zentralen Forderungen seien zum einen das Bundesteilhabegesetz, geduldete Flüchtlinge sowie die Digitalisierung der Krankenhäuser gewesen. Am Wochenende hätten die Spitzenverbände die Antwort der Finanzministerin erhalten, in welcher es geheißen habe, man einige sich entweder auf ein gemeinsames Paket oder es komme zu keiner Einigung. Die kommunalen Spitzenverbände seien jedoch nach wie vor der Meinung, dass man die Thematik miteinander besprechen müsse. Dementsprechend gebe es noch weiteren Klärungsbedarf und die Verhandlungen seien noch nicht beendet.

Auf Wunsch von Kreisrat Messinger sichert Landrat Dr. Sigel zu, den Schriftverkehr zwischen dem Landkreistag und dem Finanzministerium den Kreisräten im Nachgang elektronisch zukommen zu lassen.

Frau Böhm, Dezernentin für Soziales, Jugend und Bildung und Herr Leonhardt, Fachbereichsleiter der Eingliederungshilfe, erläutern die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Jenner-Wanek möchte wissen, was der Unterschied zwischen einem qualifizierten Rahmenvertrag und einem Rahmenvertrag sei.

Herr Leonhardt erklärt, dass in einem qualifizierten Rahmenvertrag in Baden-Württemberg tiefgreifende Regularien und Kriterien verankert sein müssten.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die Personalschlüssel und die Leistungen auch in Absprache mit den verschiedenen Einrichtungen in dem qualifizierten Rahmenvertrag geregelt werden müssten.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

Bei diesen sei der Aufwand nämlich ebenso groß.

Kreisrätin Jenner-Wanek bestätigt, dass der Aufwand für die Mitarbeiter beispielsweise in der Paulinenpflege enorm sei.

Herr Leonhardt betont, dass das Thema Personal alle Seiten betreffe und führt die Präsentation fort.

Landrat Dr. Sigel ergänzt bezüglich des Fachkräftemangels, dass konkret in der Landeshauptstadt Stuttgart andere Stellenbewertungen vorliegen würden, weshalb viele Mitarbeiter des Rems-Murr-Kreises Abwanderungsgedanken getragen hätten. Durch individuelle Gespräche und Fortbildungsmöglichkeiten habe man dies aber vereinzelt schon verhindern können.

Kreisrat Knödler erkundigt sich, wie sich der personelle Mehrbedarf im Bereich Bundesteilhabegesetz bundesweit entwickle.

Herr Leonhardt teilt mit, dass die finanziellen Auswirkungen vom Bund begleitet und es sukzessive Erhöhungen geben werde.

Frau Böhm ergänzt, dass das Land regelmäßig abfrage, wie viele Stellen geschaffen worden seien. Alle würden hier nach und nach aufrüsten.

Herr Leonhardt führt die Präsentation fort.

Kreisrat Reingruber stellt sich die Frage, ob die Verwaltung aufgrund der ganzen Unklarheiten überhaupt in der Lage sei, das Gesetz im nächsten Jahr umzusetzen.

Herr Leonhardt erklärt, dass die Übergangsvereinbarung gewährleiste, dass es während des Übergangs zu keinen Leistungsbrüchen komme. Man werde jedoch nicht bis zum Ende der Übergangsvereinbarung im Dezember 2021 warten, sondern bereits jetzt intensiv an Neuverhandlungen der Angebote arbeiten.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass der Rems-Murr-Kreis bereits so intensiv mit der Thematik gearbeitet habe, dass man sich für den Start gut vorbereitet fühle.

Kreisrat Messinger ist der Meinung, dass die Übergangsvereinbarung eine Zumutung für alle Beteiligten sei. Er verweist auf den Haushaltsantrag seiner Fraktion, dass die Risiken die das neue Gesetz mit sich bringe, berücksichtigt werden müssten. Auch der finanzielle und personelle Mehraufwand bei den Einrichtungen dürfe nicht vergessen werden, da dieser wiederum beim Landkreis geltend gemacht werde.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man dem Haushaltsantrag nicht vorweggreifen wolle und in diesen Bereichen noch viel Klärungsbedarf bestehe.

Kreisrat Bauer möchte wissen, weshalb die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig sei. Auch stellt er fest, dass das Bedürfnis an Pflegestützpunkten sehr hoch sei und erkundigt sich, wo die Ursache hierfür liege und ob das Personal die gestiegenen Zahlen bewältigen könne. Zudem erfragt er die vorhandenen Plätze in den Frauenhäusern und ob es auch eine Warteliste gebe.

Frau Böhm geht davon aus, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zwar rückläufig sei, dafür jedoch mehr Personen in einer Bedarfsgemeinschaft (Großfamilien) leben würden. Zu dieser Thematik könne jedoch Herr Schwab in seinem Bericht zum Jobcenter noch näheres berichten. Die gestiegenen Zahlen im Pflegestützpunkt seien auf den steigenden Bedarf zurückzuführen, der auch seinen Grund in der demografischen Entwicklung habe. Über die Entwicklung der Fallzahlen durch die Eröffnung der beiden Außenstellen des Pflegestützpunktes in Backnang und Schorndorf werde im Jahr 2020 berichtet.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass insgesamt 4,5 Stellen für die Pflegestützpunkte geschaffen worden seien und die Aufgaben damit gewährleistet seien.

Frau Böhm teilt weiter mit, dass durch den Umzug des Frauenhauses mittlerweile mehr Plätze zur

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Verfügung stünden. Hauptproblem sei jedoch die aktuelle Wohnungsnot, da Frauen hierdurch gezwungen seien, länger im Frauenhaus zu bleiben. Zum Umfang der Warteliste könne Sie aktuell nichts Genaues sagen, werde dies aber auf Wunsch nachreichen.

Kreisrat Knödler ergänzt, dass der Rems-Murr-Kreis im Bereich Frauenhaus eine Vorreiterrolle gegenüber anderen Landkreisen einnehme. Der Umzug nach Backnang stelle schon eine positive Entwicklung dar, jedoch habe man trotzdem nie genug Plätze zur Verfügung. Den Grund dafür sehe auch er bei der Wohnungsnot.

Landrat Dr. Sigel informiert, dass im vergangenen Sozialausschuss im April über die Frauenhausituation berichtet wurde (vgl. Drucksache 2019/080). Durch den Umzug würden mittlerweile insgesamt 17 Plätze im Frauenhaus zur Verfügung stehen.

Kreisrat Messinger ist der Meinung, dass man weitere Plätze im Frauenhaus gar nicht benötigen würde, wenn der Wohnungsmarkt nicht so angespannt wäre. Er möchte wissen, ob der Landkreis hier Möglichkeiten sehe, unterstützend tätig zu werden.

Landrat Dr. Sigel betont, dass grundsätzlich jede Frau in Not zunächst beim Frauenhaus Hilfe erhalte. Er bestätigt, dass es im Kreis durchaus zu wenig bezahlbaren Wohnraum gebe. Diese Problematik stehe schon ganz oben auf der Agenda und man arbeite bereits intensiv an einer Lösung.

Der Sozialausschuss nimmt die Haushaltsberatungen des Kreissozialamts 2020 zur Kenntnis.

Auszüge:

Dezernat 5

Kreissozialamt

Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

§ 2.2

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2020 des Ausländeramtes

Drucksache 2019/174

Herr Schneider, Leiter des Ausländeramts, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man im Jahr 2015 vor der Herausforderung gestanden habe, wöchentlich ca. 200 geflüchtete Menschen unterzubringen und man in dieser Zeit nicht die Möglichkeit gehabt habe, sich die Vermieter oder Konditionen auszusuchen. Die Zusage des Landes, die tatsächlichen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zu übernehmen und keine Pauschalen auszubehalten, sei daher sehr wichtig gewesen.

Kreisrätin Fazio erkundigt sich, ob bezüglich der Fehlbelegung auch mit den Kommunen verhandelt werde, wenn das Land die Kosten hierfür nicht übernehme. Sie sehe die Verantwortung hier bei den Kommunen.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man sich während der gesamten Krise regelmäßig mit den Städten und Gemeinden ausgetauscht und bemüht habe, die Verteilung gleichmäßig zu gestalten. Als sich herausgestellt habe, dass die Kosten vom Land nicht erstattet werden, habe man sehr klargemacht, dass Zuweisungen erfolgen werden. Der Druck werde auch von Seiten des Landratsamts an die Kommunen weitergegeben. Wenn in Gemeinden keine Möglichkeiten zur Unterbringung vorhanden gewesen sei, wurde die Kapazität vom Kreis bereitgestellt. Dafür wurde jedoch der Mehraufwand durch die Gemeinde („Fehlbelegerabgabe“) an den Kreis zurückerstattet. Man versuche weiterhin den bestmöglichen Austausch mit den Kommunen herzustellen, die Rahmenbedingungen verlangen jedoch, dass jeder seine Hausaufgaben erledige.

Herr Schneider ergänzt, dass die im November 2017 eingeführte Fehlbelegerabgabe ihre Konsequenzen schnell entwickelt und sich die Fehlbelegung reduziert habe. Das Problem sei daher momentan nicht mehr so akut wie zum damaligen Zeitpunkt.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

Kreisrat Bauer möchte wissen, worin sich die Bezeichnungen „Asylsuchende“, „Flüchtlinge“ und „Spätaussiedler“ im Haushalt differenzieren. Außerdem erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand der Flüchtlingsunterkunft in Kirchberg/Murr, auf die ein Brandanschlag verübt worden sei.

Kreisrat Scheurer bekundet sein Bedauern, dass bislang keine Einigung mit dem Land erreicht worden sei.

Kreisrat Reingruber erkundigt sich nach der derzeitigen Dauer eines Asylverfahrens.

Herr Schneider erklärt, dass „Flüchtlinge“ und „Asylsuchende“ im Haushalt zusammengefasst abgebildet seien. Spätaussiedler seien zahlentechnisch eher untergeordnet und halten sich auf einem niedrigen Niveau.

Zu der Flüchtlingsunterkunft in Kirchberg teilt er mit, dass diese voraussichtlich im Januar/Februar 2020 vollständig bezogen werden könne. Der vom Brand nicht betroffene Teil des Gebäudes sei im Oktober planmäßig bezogen worden.

Weiter teilt er mit, dass sich die durchschnittliche Gesamtdauer des Verfahrens nicht wesentlich beschleunigt habe. Grund dafür sei die im Vergleich zur Hochphase gesunkene Anerkennungsquote, weshalb sich häufig Klagen an das Verfahren anschließen und die Gesamtdauer verlängern. *(vgl. DS 19/7552 des Deutschen Bundestags zur kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal 2018 – Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer“.)*

Kreisrat Dr. von Pollern ergänzt, dass das BAMF „schwierige“ Fälle zurückstelle und über „einfache“ Fälle relativ schnell entscheide

Kreisrätin Wilhelm teilt mit, dass man in der Zeitung oft von Abschiebungen lese, obwohl die Personen ein Arbeitsverhältnis nachweisen könnten. Sie möchte wissen, ob der Kreis bei Abschiebungen die Integration berücksichtige.

Landrat Dr. Sigel verweist diesbezüglich an den Geschäftsführer des Jobcenters, Herrn Schwab, der unter Tagesordnungspunkt 3 etwas zu dieser Thematik erzählen könne.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Der Sozialausschuss nimmt die Haushaltsberatungen des Ausländeramts zur Kenntnis.

Auszüge:

Dezernat 5

Ausländeramt

Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

§ 2.3

Zuschussanträge zum Haushalt 2020

Drucksache 2019/173

2.3.1 refugio stuttgart e. v.

Frau Hausmann, Geschäftsführerin refugio e. v., stellt den Zuschussantrag Ihres Vereins anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel betont, dass es sich bei dem Zuschuss um eine Freiwilligenleistung handle und man das Angebot gerne unterstützen wolle, das bisher quasi umsonst genutzt worden sei.

Kreisrat Bühler erkundigt sich, ob das Projekt längerfristig angelegt sei, da die Verwaltung zunächst nur einen einjährigen Zuschuss vorschlage.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Verwaltung bei neuen Anträgen den Zuschuss immer zunächst nur für ein Jahr bewillige, damit man auch bei schlechterer Finanzierungslage die Möglichkeit habe, entsprechend zu reagieren.

Kreisrat Messinger betont, wie wichtig dieses Angebot sei und die Arbeit fortgeführt werden müsse. Er erkundigt sich, ob auch EU-Mittel zur Finanzierung zur Verfügung stehen würden.

Kreisrat Kral erkundigt sich, ob es zu Überschneidungen der Arbeit zwischen dem Sozialpsychiatrischen Dienst und refugio e. v. komme und ob man hier dieselbe Leistung zwei Mal fördere. Er stellt sich die Frage, weshalb wir als Landkreis in die Finanzierung des Angebots einsteigen sollten – das sicher gut und richtig sei – wenn diese Finanzierung von anderer Seite wegfallen würde.

Kreisrat Bauer ist der Meinung, dass mit diesem Angebot eine Lücke geschlossen werde. Er möchte allerdings wissen, ob das jetzige Angebot ausreichend sei, oder dieses spätestens in zwei Jahren aufgestockt werden müsse.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Kreisrätin Wilhelm erkundigt sich über die Fallzahlen im Rems-Murr-Kreis und wann ein Fall abgeschlossen sei bzw. wie häufig die Kontakte seien.

Kreisrätin Fazio findet das Angebot von refugio e. v. gut, da es bisher keine Ansprechpartner für diese Thematik gegeben habe.

Frau Hausmann teilt mit, dass der Grund des Zuschussantrages gewesen sei, dass die Spendengelder die der Verein vor allem in den Jahren 2015 und 2016 eingenommen habe, mittlerweile weitestgehend aufgebraucht seien. Diese finanzielle Lücke müsse nun geschlossen werden. Zudem erhalte refugio bisher EU-Mittel aus AMIF. Diese Projektfinanzierung laufe nächstes Jahr aus und man warte momentan auf die Ausschreibung der EU, um erneut finanzielle Mittel zu beantragen. Außerdem gehöre refugio e. v. in Baden-Württemberg zu 8 Verbänden, die Mittel aus dem Landeshaushalt für psychosoziale Zentren für traumatisierte Geflüchtete erhalten. Auch die Erhöhung dieser Landesmittel spiele eine große Rolle. Sie ist der Meinung, dass die Landkreise an sich nicht mehr bezahlen sollten, als das Land. Das Angebot des Vereins sei jedenfalls auf Dauer ausgelegt, die Höhe der weiteren Finanzierung hänge jedoch davon ab, wie sich die Nachfrage entwickle. Die Fallzahlen aus dem Rems-Murr-Kreis seit 2018 seien dem Antrag zu entnehmen und belaufen sich auf 32 Klientinnen und Klienten. Die meisten Fälle seien sehr komplex und würden dadurch entsprechend viel Zeit, teilweise 1-2 Jahre, in Anspruch nehmen.

Herr Rook, Leiter der Caritas Region Ludwigsburg-Waiblingen-Enz, erklärt, dass der Sozialpsychiatrische Dienst der Versorgung und Betreuung von psychisch erkrankten Menschen diene, die nicht mehr in einer Klinik untergebracht seien. Die Zielgruppe der Flüchtlinge könne hierdurch nicht bedient werden, da Dolmetscher und Trauma-Therapeuten fehlen würden.

Der Sozialausschuss beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

1. Der Zuschuss an refugio stuttgart e. v. für psychosoziale und therapeutische Hilfen für traumatisierte Geflüchtete im Rems-Murr-Kreis wird für das Haushaltsjahr 2020 mit 20.000 Euro festgesetzt.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird der Betrag von 20.000 Euro (Erhöhung um 20.000 Euro) bereitgestellt.

2.3.2 Erlacher Höhe

Kreisrat Messinger ist befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Zuschuss an die Erlacher Höhe für die Fachberatungsstelle für Menschen mit Hilfebedarf nach § 67 SGB XII in Backnang wird ab dem Jahr 2020 um 17.768 Euro auf 230.868 Euro erhöht.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird der Betrag von 230.900 Euro (Erhöhung um 17.800 Euro) bereitgestellt.

Kreisrat Messinger nimmt wieder an der Sitzung teil.

2.3.3 Hilfsverein für psychisch Kranke Rems-Murr e. V.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Zuschuss an den Hilfsverein für Psychisch Kranke e.V. wird ab dem Jahr 2019 um jährlich 581,64 Euro erhöht.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird der Betrag von 305.600 Euro (Erhöhung um 600,00 Euro) bereitgestellt.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

2.3.4 pro familia

Frau Keller-Manschreck stellt den Zuschussantrag von pro familia anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Knödler erkundigt sich, weshalb die Anzahl der Beratungen im Vergleich zu der Anzahl der Klienten so stark gestiegen sei.

Frau Keller-Manschreck erklärt, dass Klientinnen und Klienten die Beratungsgespräche oft 3 bis 4 Mal in Anspruch nehmen.

Kreisrätin Wilhelm findet, dass man sich nicht auf nur eine Hilfeform, die sich jederzeit ändern könne, festlegen, sondern in drei Jahren erneut über das Angebot und die Leistungen beraten solle. Sie möchte gerne wissen, wie viele Kontakte pro Fall üblich seien und aus welchen Gebieten die Klientinnen und Klienten anreisen würden.

Kreisrat Bauer findet die Arbeit von pro familia wichtig und richtig. Die vorhandenen Probleme und Straftaten würden seiner Ansicht nach auch zukünftig nicht verschwinden. Er stellt deshalb im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die Befristung des Zuschusses zu streichen.

Kreisrätin Goll betont, dass der Bedarf für dieses Angebot vorhanden sei. Im letzten Jahr erhielt pro familia den Auftrag, ein Konzept für eine längerfristige Finanzierung zu erarbeiten. Dieses Konzept habe nicht ergeben, dass die zugrundeliegende Problematik rückläufig sei. Es spreche daher nichts für eine weitere Befristung des Zuschusses.

Kreisrat Messinger findet das Angebot ebenfalls wichtig und sinnvoll, da das Problem nicht verschwinden werde. Auch für die Beschäftigten sei die berufliche Sicherheit wichtig. Er könne sich daher mit dem Antrag der SPD-Fraktion anfreunden, den Zuschuss zu entfristen.

Kreisrat Knödler stellt fest, dass sich der dargestellte Zeitaufwand pro Klient mehr als verdoppelt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

habe. Er möchte mehr dazu wissen, in welche Beratungen das benötigte Geld investiert werde. Er sei deshalb für eine nochmalige Befristung des Zuschusses, um die Beratungszahlen und Zeitanprüche noch detaillierter dargestellt zu bekommen.

Kreisrat Kral hegt die gleichen Bedenken hinsichtlich einer Entfristung. Die Datenlage sei ihm noch zu dünn.

Frau Keller-Mannschreck teilt auf Frage von Kreisrätin Wilhelm mit, dass die Klienten oft mit einem weiten Anfahrtsweg aus dem ganzen Kreis zu ihnen kommen würden. Hausbesuche könnten auch gemacht werden, dies sei aber eher selten der Fall. Auch Männer würden sich allmählich aus dem Dunkelfeld herausbewegen.

Kreisrat Bauer ergänzt, dass die Straftaten zwar vorhanden seien, jedoch nicht jeder den Weg zum Angebot finde.

Der Sozialausschuss lehnt mehrheitlich den Antrag der SPD-Fraktion bei 12 Nein-Stimmen und 10 Ja-Stimmen ab.

Der Sozialausschuss beschließt mehrheitlich bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Zuschussantrag an pro familia für das Projekt Flügel wird ab dem Jahr 2020 für 3 Jahre befristet gewährt.
2. Der Zuschuss an pro familia für das Angebot Flügel wird auf 32.500 Euro festgesetzt.
3. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird der Betrag von 32.500 Euro (Erhöhung um 32.500 Euro) bereitgestellt.

2.3.5 Sozialberatung Stuttgart e. V.

Herr Beck von der Sozialberatung Stuttgart e.V. stellt den Zuschussantrag anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, vor.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Kreisrätin Wilhelm erkundigt sich nach den sozialen Trainingskursen und ob die Gruppenveranstaltungen häufig geschwänzt werden.

Herr Beck teilt mit, dass das Angebot gleichgeblieben sei und jährlich zwei Trainingskurse mit maximal 32 Männern stattfinden würden. Hohe Fehlzahlen könne er nicht bestätigen.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Zuschuss an die Sozialberatung Stuttgart e.V. für die Fachberatung Gewaltprävention Rems-Murr wird ab dem Jahr 2020 um 10.300 Euro auf 90.300 Euro erhöht.
2. Im Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird der Betrag von 90.300 Euro (Erhöhung um 10.300 Euro) bereitgestellt.

2.3.6 Tierschutzverein Backnang und Umgebung e. V.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Tierschutzverein Backnang wird ein Zuschuss für die Erweiterung des Tierheims in Großerlach in Höhe von 8 % der Nettobaukosten gewährt.

Der Zuschuss wird auf maximal 40.000 € begrenzt.

Auszüge:

Dezernat 5

Ausländeramt

Sozialamt

Veterinäramt

Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

§ 2.4

Anträge der Fraktionen, Gruppen und Zählgemeinschaften zum Haushalt 2020

Drucksache 2019/173/1

2.4.1 Antrag der SPD-Fraktion: Stärkung des Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienstes (KKV-Dienst)

Kreisrat Bauer möchte in Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung wissen, inwieweit die Kreispflegestützpunkte rund um die Uhr erreichbar seien und ob diese überhaupt in der Lage seien, innerhalb von 24 Stunden bis maximal 48 Stunden die betroffenen Personen zu versorgen. Es sei sehr schwierig, hier eine Zuständigkeit zu finden, bei der den Menschen sofort geholfen werden könne.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man bereits ein sehr engmaschiges Netz an sozialen Hilfeleistungen habe, allerdings seien vereinzelt noch Lücken vorhanden. Eine weitere Ausweitung der freiwilligen Leistung KKV werde nicht empfohlen, da man als Landkreis nicht alle Lücken des Systems schließen könne. Das Problem von Notsituationen habe man erkannt und er KKV habe die Möglichkeit hier Hilfe zu leisten.

Herr Goldbach erklärt, dass die Charakteristik des KKV sei, in erster Linie den Betroffenen zu helfen, denen gar nicht bewusst sei, dass sie Hilfe benötigen und entsprechend zu intervenieren. Er sei am ehesten zwischen dem Sozialpsychiatrischen Dienst, den Kliniken, der Psychiatrie und der Polizei anzusiedeln. Wollte man generell die Bedarfe an Pflege auffangen, wäre eine völlig andere Dimension der Dienstleistung erforderlich.

Landrat Dr. Sigel ergänzt auf Nachfrage, dass besorgte Mitmenschen sich weiterhin an den KKV wenden können, die Dringlichkeit der Problematik jedoch deutlich gemacht werden müsse.

Kreisrätin Goll verweist auch auf die Möglichkeit, einen Betreuer vor Gericht zu bestellen. Diese

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Maßnahmen könne der KKV nicht ergreifen.

Kreisrat Bauer bekundet sein Einverständnis mit dem Vorschlag der Verwaltung. Er werde die Vorgänge beobachten und wolle aber nicht ausschließen, dass man erneut mit dieser Thematik aufschlagen werde.

Landrat Dr. Sigel sichert zu, dass man die aktuellen Entwicklungen in den Bericht des KKV aufnehmen und im Ausschuss darüber berichten werde.

Der Sozialausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

Der Antrag wird mit Blick auf den laufenden Ausbau der Pflegestützpunkte zurückgestellt. Die Verwaltung berichtet erneut, sollte trotz des Ausbaus der Pflegestützpunkte weiterhin ein dringender Bedarf beim KKV bestehen.

2.4.2 Antrag der SPD-Fraktion: Die Verwaltung wird damit beauftragt, für das Jahr 2020 einen Kreispflegegipfel mit allen Akteuren aus dem Pflegebereich vorzubereiten und im Rahmen einer Tagesveranstaltung durchzuführen.

Landrat Dr. Sigel schlägt vor, wie auch in der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen ist, eine entsprechende Planung erst im Jahr 2021 anzustreben.

Kreisrat Bauer äußert den Wunsch, die Planungen bereits im 1. Quartal 2021 in Angriff zu nehmen und nicht länger hinauszuschieben.

Landrat Dr. Sigel sichert dies zu.

Der Sozialausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

Die Verwaltung empfiehlt die Durchführung eines Kreispflegegipfels nicht 2020, sondern erst 2021.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

2.4.3 Antrag der FDP-FW-Fraktion: Erfahrungsberichte

a) zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum Frühjahr 2021

b) zum Stand der Umsetzung der Barrierefreiheit in Kreiseinrichtungen zum Frühjahr 2020

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Herr Noller, zukünftig dauerhaft in seinem jährlichen Bericht über den Stand der Barrierefreiheit der Kreiseinrichtungen informiert. Man habe hier schon einiges in den Kliniken und Verwaltungsgebäuden erreicht.

Kreisrätin Goll bekundet ihr Einverständnis mit dem Vorschlag. Des Weiteren erläutert sie den ersten Teil des Antrags ihrer Fraktion. Man solle bitte auch regelmäßig im Kreistag zu den Entwicklungen des BTHG berichten und nicht nur Sozialausschuss.

Frau Böhm teilt mit, dass in der Klausur zum neuen Bildungsteilhabegesetz nicht nur das Modellprojekt vorgestellt worden sei, sondern auch die grundsätzlichen Entwicklungen zum BTHG und hier neben dem Sozialausschuss alle interessierten Kreisräte eingeladen gewesen sei. Die Verwaltung werde regelmäßig über den Stand berichten.

Landrat Dr. Sigel sichert zu, dass man den Bericht auch im Kreistag vorstellen werde.

Der Sozialausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

1. Die Verwaltung wird bis zur vollständigen Umsetzung des BTHG - Stand heute bis einschließlich 2023 - regelmäßig im Sozialausschuss zu den Entwicklungen und Veränderungen berichten.
2. Der Kommunale Behindertenbeauftragte wird gemeinsam mit dem Amt für Beteiligungen und Immobilien sowie der Kreisbaugesellschaft eine Bestandserhebung vornehmen. Das Ergebnis wird im Frühjahr 2020 im Sozialausschuss vorgestellt. Das Thema Barrierefreiheit soll aufgrund des Antrags fest im jährlichen Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten implementiert werden, so dass in Zukunft regelmäßig über die Fortschritte berichtet wird.

2.4.4 Antrag der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer: Starke Familien Gesetz

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass über die Entwicklung im Frühjahr 2020 berichtet werde.

Frau Böhm ergänzt, dass letzte Woche eine tolle Broschüre des Bundesministeriums zu diesem Thema veröffentlicht worden sei. Diese werde auch vom Landratsamt bestellt.

Der Sozialausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

Die Verwaltung wird im Frühjahr 2020 über die ersten Auswirkungen des Starke-Familien-Gesetzes berichten und auch auf die Fragestellungen des Haushaltsantrages eingehen.

Auszüge:

Dezernat 5

Gesundheitsamt

Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

§ 3

Jahresbericht Jobcenter 2019 und Ausblick 2020

Drucksache 2019/175

Herr Schwab, Geschäftsführer des Jobcenters in Waiblingen, erläutert die der Beratung zugrundeliegende Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Fazio erkundigt sich ob es machbar wäre, Vereine besser über die Möglichkeit durch Bildung und Teilhabe zu informieren und Übungsleiter entsprechend auszubilden.

Kreisrat Messinger findet es erfreulich, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig sei. Er möchte wissen, welche Maßnahmen und Hilfen für Kinder in Armut unternommen werden. Das IBA-Team (Integration, Beratung, Arbeit oder Ausbildung) erledige seiner Meinung nach wichtige Aufgaben. Auch hier möchte er gerne wissen, welche konkreten Leistungen den Geflüchteten und Migranten angeboten werde. Zudem erkundigt er sich, wie die weiteren Planungen bezüglich Bildung und Teilhabe seien und wie sich die Zahlen entwickeln würden.

Kreisrat Bühler erkundigt sich nach der Dunkelziffer bezüglich der Kinderarmut. Der Trend sei grundsätzlich erfreulich, jedoch ist er auch der Meinung, dass es noch den ein anderen Bereich gebe, in dem man sich mehr Mühe geben müsse. Zudem fragt er, ob es sich bei Langzeitarbeitslosen nach Meinung des Geschäftsführers überwiegend um Unwillige oder eher Unfähige handle.

Kreisrätin Wilhelm ist der Meinung, dass die Ausbildung von Übungsleitern einen zu großen Aufwand darstelle und man nicht jedes Angebot in die Breite heruntertragen könne.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass der Rems-Murr-Kreis bundesweit auf Platz 19 sei, was die Nutzung von Bildungs- und Teilhabeleistungen angehe. In Baden-Württemberg sei man sogar auf Platz 1. 54 % aller Leistungsberechtigten würden das Bildungs- und Teilhabeangebot nutzen. Auch er ist der Meinung, dass die Hinweise an Vereine weniger erfolgreich seien, da nicht jeder Übungsleiter die Lust oder Fähigkeit habe, sich diesbezüglich weiterzubilden. Dafür gebe es die entsprechenden

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

Ansprechpartner im Jobcenter oder Jugendamt.

Herr Schwab informiert darüber, dass das Jobcenter die Bildungs- und Teilhabeleistungen bereits vielfältig aktiv bewerbe. An Informationen mangle es seiner Ansicht nach grundsätzlich nicht. Zum Teil sei aber für Leistungserbringer ggf. die bürokratische Abwicklung schwierig, z.B. bezüglich der Abrechnung, da eine gewisse Infrastruktur benötigt werde. Aber auch hier berate und unterstütze das Jobcenter aktiv.

Die Allianz gegen Kinderarmut stehe derzeit noch ganz am Anfang. Man habe begonnen sich Schwerpunktmäßig zum Schuljahresbeginn um das Thema Bildung und Teilhabe zu kümmern und die eigenen Institutionen stärker zu vernetzen, um das Angebot transparenter zu gestalten. In einem nächsten Schritt wolle man die Ideen, Aktionen und Projekte nach außen streuen. Man wolle hierüber in den nächsten Ausschüssen ausführlicher berichten.

Im Bereich IBA (Integration, Beratung, Arbeit oder Ausbildung) arbeite man derzeit an 3 großen Punkten. Zum einen das Thema Sprache, die Qualifizierung sowie der Situation von geflüchteten Frauen.

Seiner Meinung nach handle es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der vom Jobcenter betreuten Langzeitarbeitslosen um Menschen, die eigentlich gerne arbeiten würden, bei denen jedoch Hemmnisse bestünden. Natürlich gebe es auch einen Teil, der sich bewusst von Verpflichtungen fernhalten wolle, dieser werde aber als sehr gering eingeschätzt.

Kreisrat Bauer erkundigt sich, wie sich zwischenzeitlich die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Kommunalebene im Alltag entwickelt habe und ob noch Defizite bestünden.

Herr Schwab erklärt, dass es seiner Ansicht nach zwischenzeitlich eine eigene Jobcenteridentität gebe, die „Herkunft“ der Mitarbeitenden spiele im Alltag in der Regel keine Rolle mehr. Es gebe aber immer noch Rahmenbedingungen, die die Arbeit erschweren würden und bei den Mitarbeitenden als ungerecht empfunden werden. Beispielsweise würden im Jobcenter unterschiedliche Tarifverträge gelten mit der Konsequenz, dass für gleiche Arbeit im Jobcenter unterschiedliche Gehälter gezahlt würden.

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht des Jobcenters 2019 und Ausblick 2020 zur Kennt-



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

nis.

Auszüge:

Dezernat 5

Jobcenter

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

§ 4

Überarbeitung der Konzeption für die Einrichtung von Patientenfürsprechern an den Rems-Murr-Kliniken

Drucksache 2019/177

Landrat Dr. Sigel erläutert die der Beratung zugrundeliegende Drucksache. Er teilt mit, dass in der ursprünglichen Konzeption nur eine einmalige Wiederwahl möglich gewesen sei. Neben dieser Änderung wurden noch redaktionelle Anpassungen, sowie eine Anpassung der Entschädigungsordnung vorgenommen. Man wolle hiermit die ehrenamtlich Engagierten unterstützen. Deshalb habe man die Fortschreibung entsprechend mit den Kliniken und den Patientenfürsprechern ausgearbeitet.

Kreisrat Reingruber stimmt dem Vorhaben der Verwaltung im Namen der CDU-Fraktion zu.

Kreisrat Bauer findet die Anpassungen nachvollziehbar und möchte wissen, was damals der Grund für die begrenzte Wiederwahl gewesen sei. Er werde die Entwicklung aufmerksam verfolgen, hoffe aber, dass alles gut gehe.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man damals ohne Erfahrungswerte in die Konzeption gestartet sei. Er macht darauf aufmerksam, dass letztlich das Gremium über die Besetzung der Patientenfürsprecher entscheide und kein Automatismus statfinde.

Kreisrat Messinger erinnert an die damaligen Bedenken, hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Patientenfürsprecher und dem klinikinternen Beschwerdemanagement. Die Bedenken hätten sich aber nicht bestätigt und die Zusammenarbeit funktioniere sehr gut.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sozialausschuss stimmt den Anpassungen der Konzeption für die Errichtung von Patientenfürsprechern an den Rems-Murr-Kliniken zu.



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

Auszüge:

Dezernat 1

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

§ 5

Information zu Überlegungen künftiger Medizinischer Versorgungszentren

Drucksache 2019/185

Landrat Dr. Sigel erläutert die der Beratung zugrundeliegende Drucksache. Ihm sei wichtig, das Gremium darauf aufmerksam zu machen, dass hier bereits ein Paradigmenwechsel vollzogen worden sei. Die Rems-Murr-Kliniken könnten mit den Medizinischen Versorgungszentren nun theoretisch in die ambulante Versorgung einsteigen. Dies sei nicht die Intension oder der primäre Auftrag der Kliniken gewesen, der durch Stuttgart aufgekaufte Arztsitz im Sommer habe aber letztlich die Diskussion in Gange gebracht. Es seien noch keine Pläne konkretisiert worden, man möchte sich jedoch reaktionsfähig aufstellen. Der enge Austausch mit der Kreisärzteschaft und den Städten und Gemeinden sei hier besonders wichtig.

Kreisrat Bühler findet es prinzipiell gut, dass die Thematik aufgearbeitet werde. Jedoch befürchtet er, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen könnte, falls der Kreis mit den Kliniken in den Bereich eingreife, in dem sich eigentlich niedergelassene Ärzte aufhalten.

Kreisrat Holzwarth ist der Ansicht, dass nicht nur die enge Abstimmung mit der Kreisärzteschaft, sondern auch mit den Kommunen essentiell sei.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass die Verwaltung die Kommunen für diese Thematik sensibilisieren wolle. Auch wolle man keinen Verdrängungswettbewerb anstreben, jedoch müsse man sich diese Gedanken machen, bevor Sitze von außerhalb aufgekauft werden. Die Kooperation habe man aber stets im Blick. Man wolle primär für den Kreis da sein und ein gutes Angebot schaffen. Die Thematik sei seit dem Paradigmenwechsel viel komplexer geworden und man müsse nun viele Dinge berücksichtigen.

Kreisrat Reingruber findet es wichtig, dass Kreis und Kliniken aktionsfähig seien.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass in der letzten Woche auch ein Gespräch mit der AOK stattgefunden

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

habe. Das Thema Ärzteversorgung werde auch von den Krankenkassen intensiv verfolgt. Die Thematik solle heute lediglich zur Kenntnis genommen werden, damit gesehen werde, in welche Richtung die Verwaltung arbeite.

Der Sozialausschuss nimmt die Überlegungen künftiger Medizinischer Versorgungszentren zur Kenntnis.

Auszüge:

Dezernat 1

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

§ 6

Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel berichtet über den Erfolg des „Heimspiels Inklusiv“ mit Andrea Berg, das am 18. Juli 2019 in Aspach stattgefunden hat. Rund 2.700 Menschen mit Behinderung, deren ehrenamtlichen Helfer sowie Menschen, die sich in der Hospizarbeit engagieren – aus insgesamt sechs Landkreisen – haben das Konzert besucht. Ein Zusammenschnitt mit Eindrücken des Konzerts sei über die Social-Media-Kanäle (<https://www.instagram.com/p/B0G-YpxBrz1/>) des Landkreises abrufbar.
2. Frau Böhm berichtet über das Theaterstück „Unfolding“ von Menschen mit und ohne Behinderung vom Teatro la luna nel Pozzo (Apulien) und aus der Christopherus Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Laufenmühle, welches am 10. Oktober 2019 im Foyer des Landratsamtes aufgeführt wurde. Bilder des Theaterstücks sind der Präsentation zu entnehmen, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs